

NACHRICHTEN

Tschetschenen-Milizen werden entwapnet

MOSKAU: In Tschetschenien hat am Mittwoch ungeachtet andauernder Kämpfe die Entwaffnung und Auflösung der etwa 2500 Mann starken pro-russischen Milizen begonnen. Dies meldete die Nachrichtenagentur Itar-Tass. Die tschetschenischen Freiwilligen hatten seit Beginn des Krieges vor über einem halben Jahr an vorderster Front die russischen Truppen bei der Eroberung wichtiger Städte wie Grosny unterstützt. Sie sollten nunmehr in die reguläre Miliz eingegliedert werden, die von der russischen Verwaltung in der abtrünnigen Kaukasus-Republik aufgebaut wird. Der Kommandant der Tschetschenen-Milizen, Bislan Gantamirow, hatte bereits vor wenigen Wochen aus Unzufriedenheit über die russische Verwaltung in der abtrünnigen Kaukasus-Republik das Kommando niedergelegt.

Neues Massaker im Kongo

FREIBURG: Bei einem Massaker in der Demokratischen Republik Kongo sind nach Angaben der Hilfsorganisation Caritas international mindestens 70 Zivilisten vermutlich von Rebellen ermordet worden. Wie am Mittwoch in Freiburg i.Br. mitgeteilt wurde, ereignete sich das Massaker am vergangenen Wochenende im Dorf Katogota nahe der Grenze zu Ruanda und Burundi.

Es war vermutlich eine Vergeltungsmassnahme der Rebellen für den Tod eines ihrer Kämpfer. Caritas-Mitarbeiter vor Ort befürchten, dass die Zahl der Opfer weit höher liegt. Ein Teil der als vermisst geltenden Dorfbewohner könnte erschlagen und von den Rebellen in den nahen Fluss geworfen worden sein. Nach Angaben von Caritas international hat sich in den letzten zwei Jahren die Zahl der Flüchtlinge im Kongo auf rund 1,2 Millionen mehr als vervielfacht.

Atomtest-Abkommen ratifiziert

MOSKAU: Nach der Duma hat auch der russische Föderationsrat der Ratifizierung des internationalen Atomteststopp-Abkommens von 1996 zugestimmt. Das Abkommen muss nun noch von Präsident Wladimir Putin unterzeichnet werden. Die Senatoren der Regionenvertretung hätten in einer geschlossenen Sitzung fast einstimmig für die Ratifizierung votiert, meldete die Nachrichtenagentur Itar-Tass. Der allgemeine Teststopp-Vertrag, der jegliche Atomversuche verbietet, gilt als eines der wichtigsten Instrumente der nuklearen Rüstungskontrolle. Vor dem Besuch des US-Präsidenten Bill Clinton in Moskau Anfang Juni habe die Ratifizierung des Atomteststopp-Abkommens eine besondere Bedeutung, sagte der Leiter des Sicherheitsausschusses des Föderationsrats, Iwan Schabanow. Der US-Senat hatte die Ratifizierung vergangenes Jahr verweigert. Russland betrachtet die Ratifizierung des Atomteststopp-Abkommens sowie des START-II-Abkommens zum Abbau strategischer Atomwaffen als Trumpf. Dieser soll USA von Absichten zur Änderung des ABM-Vertrages über die Begrenzung von Raketenabwehrsystemen abbringen.

Kindersoldaten

GENEVE: Das UNO-Kinderhilfswerk (UNICEF) hat am Mittwoch die Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE) kritisiert, in ihren Reihen Kindersoldaten zu haben. Carol Bellamy rief die Rebellen auf, beim Kampf um Jaffna die Kinder zu schonen. «Die Kinder werden sowieso in den Konflikt hineingezogen, ob als Opfer oder als Kämpfer», erklärte die UNICEF-Generaldirektorin am Mittwoch in Genf. Die Heranwachsenden sollten weder als Kämpfer noch als Geiseln in den Krieg gezwungen werden. Nach Angaben Bellamys werden bereits 15- bis 17-Jährige als Guerilleros rekrutiert. Bellamy zeigte sich zudem beunruhigt über Informationen, dass die Regierungstruppen die Lieferung von medizinischen Gütern in von der LTTE kontrollierte Gebiete verhinderten. UNICEF ist zusammen mit dem IKRK und den Ärzten ohne Grenze in Jaffna tätig. In den vergangenen Tagen gerieten die singhalesischen Regierungstruppen im Norden der Insel unter verstärkten Druck, nachdem die Rebellen die Elefant-Passage zurückerobert hatten. Diese kontrolliert den Zugang zur Halbinsel von Jaffna. Die LTTE kämpft für einen unabhängigen Staat der Tamilen im Norden und Osten der Insel.

Rebell endlich hinter Gittern

Sierra Leone: Britische Soldaten nehmen Foday Sankoh fest

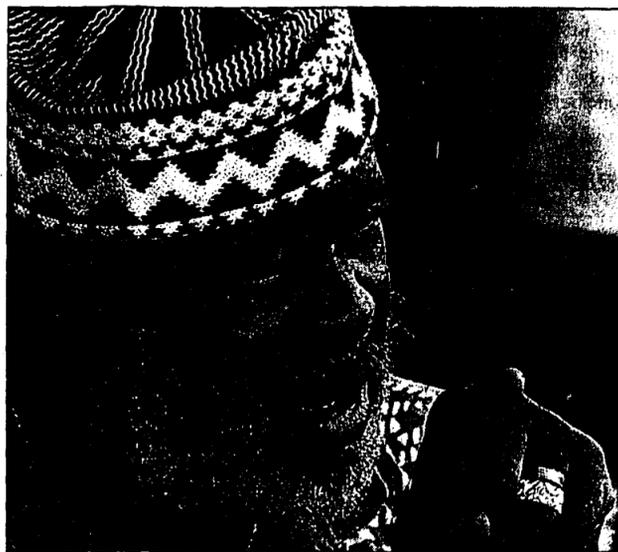
FREETOWN: In Sierra Leone haben britische Soldaten am Mittwoch den vor gut einer Woche untergetauchten Rebellenchef Foday Sankoh festgenommen. Sankoh wurde der Polizei Sierra Leones übergeben.

Über sein weiteres Schicksal sollen nach britischen Angaben die UNO und die Regierung Sierra Leones entscheiden. Der Chef der Vereinigten Revolutionären Front (RUF) habe gerade in der nigerianischen Botschaft Zuflucht suchen wollen, sagte ein Sprecher der britischen Einheiten in der Hauptstadt Freetown.

Briten erstmals in Kämpfe verwickelt

Britische Soldaten wurden am Mittwoch erstmals in Kampfhandlungen verwickelt: Bei einem Feuergefecht mit RUF-Rebellen töteten sie drei Rebellen, wie ein Sprecher von Premierminister Tony Blair in London mitteilte. Die Fallschirmjäger hätten «im Rahmen ihres Mandats» gehandelt.

Nach Angaben des Sprechers eröffneten rund 40 Rebellen etwa 16 Kilometer östlich des Flughafens Lungu in Freetown das Feuer auf die britischen Soldaten. Keiner der Briten wurde verletzt. Auf dem Flughafen sind 700 britische Elite-Soldaten



Foday Sankoh wurde von britischen Soldaten festgenommen.

stationiert. Bei einem Angriff der Rebellen etwa 40 Kilometer nördlich der Hauptstadt wurden zudem ein UNO-Soldat und sechs Soldaten der Regierungsarmee getötet, wie die UNO-Mission bekanntgab.

Jubel bei Bevölkerung

Die Nachricht von der Festnahme Sankohs löste bei der Bevölkerung grosse Freude aus. Die Menschen strömten auf die Strassen der Hauptstadt und feierten die Festnahme des

Rebellenchefs. Sankoh wurde bei seiner Festnahme einem Augenzeugen zufolge in den Fuss geschossen. Britische Soldaten brachten ihn anschliessend nach Lungu, einem Stadtteil Freetowns, wo auch der Flughafen liegt, ergänzte ein britischer Regierungssprecher.

Sankoh wurde seit dem 8. Mai vermisst, nachdem eine aufgebrachte Menge sein Haus in Freetown angegriffen hatte. Seine Rebellen hatten insgesamt 500 Blauhelm-Soldaten in

ihre Gewalt gebracht. Rund ein Drittel von ihnen befinden sich inzwischen wieder auf freiem Fuss.

Hoffen auf Freilassung

Der Kommandant der UNO-Mission für Sierra Leone (UNOMSIL), General Vijay Jetley, hofft auf die baldige Freilassung der restlichen festgehaltenen UNO-Soldaten. Jetley sagte am Mittwoch, der liberianische Staatsschef und Verhandlungsführer Charles Taylor arbeite hart einer Lösung.

Erfreuliche Nachrichten: Gestern wurden noch weitere 80 UNO-Soldaten freigelassen. Die Blauhelm-Soldaten seien bereits in der liberianischen Grenzstadt Foya eingetroffen, sagte der Sprecher der UNO-Mission UNOMSIL, David Wilmhurst, in Freetown.

44 bereits am Sonntag freigelassene UNO-Soldaten seien in der liberianischen Hauptstadt Monrovia angekommen und sollten noch am Abend nach Freetown gebracht werden. Zuvor hatte UNOMSIL-Kommandant Vijay Jetley gesagt, der liberianische Staatsschef und Verhandlungsführer Charles Taylor arbeite hart an der Freilassung der restlichen Geiseln.

Nach den neuen Freilassungen sinkt die Zahl der restlichen von den Rebellen festgehaltenen UNO-Soldaten auf rund 270.

Österreich bezahlt 670 Millionen

Nach Versöhnungskonferenz in Wien: Entschädigung für Nazi-Opfer

WIEN: Österreich hat sich mit sechs osteuropäischen Ländern und den USA auf die Entschädigung von Nazi-Zwangsarbeitern geeinigt. 150 000 Opfer sollen mit insgesamt sechs Milliarden Schilling (über 670 Millionen Franken) entschädigt werden.

Das teilten die österreichische Regierungsbeauftragte Maria Schaubmayer sowie der US-Vizefinanzminister Stuart Eizenstat am Mittwoch nach einer «Versöhnungskonferenz» in Wien mit. «Wir haben gemeinsam einen historischen Schritt getan», sagte Eizenstat. Schaubmayer sagte, das Ziel sei, noch in diesem Jahr mit den Auszahlungen zu beginnen.

150 000 Betroffene

Die Entschädigungszahlungen von insgesamt sechs Mrd. Schilling sollen in einen «Versöhnungsfonds» fliessen, aus dem rund 150 000 Personen entschädigt werden, die während des Anschlusses Österreichs an das Dritte Reich von 1938 bis 1945 Zwangsarbeit für die Nazis leisten mussten.

Entschädigung für «Sklaven»

So genannte Sklavenarbeiter aus Konzentrationslagern sollen bis zu 105 000 Schilling bekommen, Zwangsarbeiter in der Industrie bis zu 35 000 Schilling, in der Landwirtschaft bis zu 20 000 Schilling (ca. 12 000 bzw. 3900 bzw. 2200 Franken).

Nächste Schritte

Ende Mai ist in Washington ein weiteres Treffen von Schaubmayer mit den US-Behörden verabredet, um für ein entsprechendes Abkommen Rechtssicherheit zu schaffen. Das entsprechende Gesetz zur Einrichtung des «Versöhnungsfonds» soll noch vor dem Sommer im österreichischen Nationalrat verabschiedet werden. Dann sollen bilaterale Verträge mit Ungarn, Tschechien, Polen, der Ukraine, Russland,



Die Österreichische Regierungsbeauftragte Maria Schaubmayer: «Wir haben gemeinsam einen wichtigen Schritt getan!» (Bild: Keystone)

Weissrussland und den USA geschlossen werden.

Die Deutsche Lösung

Die Industrie in Österreich hat bisher allerdings nur generell ihre Bereitschaft zur Mitwirkung signalisiert. Daneben soll sich auch der Staat beteiligen. Schaubmayer bezeichnete die deutsche Lösung, nach der Industrie und Staat jeweils die Hälfte der Mittel aufbringen, als «kein gutes Modell», weil die Unternehmen nur sehr schleppend einzahlen.

Boykottdrohungen

Einen Boykott österreichischer Unternehmen halte er zu einer Zeit, in der so viele Fortschritte zu verzeichnen seien, für nicht gerechtfertigt, erklärte Eizenstat. Boykottdrohungen waren seitens des Jüdischen

Weltkongress (WJC) laut geworden. Der amerikanische Anwalt Ed Fagan hatte Mitte April eine Sammelklage gegen die Republik Österreich und österreichische Unternehmen eingebracht, in der er 18 Milliarden US-Dollar für die Entschädigung von Zwangsarbeitern und enteigneten NS-Opfern forderte.

Und Deutschland?

Im März hatten sich Deutschland und die USA auf die Entschädigung von Nazi-Zwangsarbeitern geeinigt: Zehn Milliarden Mark werden dazu vom deutschen Staat sowie von deutschen Unternehmen zur Verfügung gestellt.

Die Höchstbeträge für die Entschädigungen sind auf bis zu 15 000 Mark (etwa 12 000 Franken) pro Opfer begrenzt.

Wenn Ärzte Fehler machen

GENEVE: Die Gesundheitsministerin der USA, Donna Shalala, hat am Mittwoch in Genf eine Kampagne zur Verminderung ärztlicher Fehler in den USA angekündigt. Jährlich sterben laut Shalala in den Vereinigten Staaten 98 000 Menschen auf Grund solcher Fehler. Die US-Gesundheitsministerin erklärte anlässlich der Genfer Weltgesundheitskonferenz, dass ärztliche Fehler in den USA an achter Stelle der Todesursachen stehen.

Damit sterben mehr Menschen auf Grund ärztlicher Fehler als zum Beispiel wegen Brustkrebs oder Aids. Ärztliche Fehler können an diversen Orten auftreten, so z.B. auch beim Verschreiben eines falschen Medikaments.

Prozess in Teheran

Im Spionageprozess gegen 13 iranische Juden hat am Mittwoch angeblich der neunte Angeklagte ein Geständnis abgelegt.

Damit hat nach offizieller Darstellung erst einer der Angeklagten die Vorwürfe bestritten. Vor dem Revolutionsgericht in der südiranischen Stadt Schiras habe der 45 Jahre alte Kaufmann Javid Bent-Yaqub zugegeben, für den israelischen Geheimdienst Mossad spioniert zu haben, berichtete das staatliche Fernsehen.

Damit hat nach offizieller Darstellung erst einer der Angeklagten die Vorwürfe bestritten. Drei seien noch gegen Kautions auf freiem Fuss und bislang von dem Gericht nicht gehört worden. Wie zuvor war auch bei der siebten Anhörung der Angeklagten am Mittwoch die Öffentlichkeit nicht zugelassen. Bei einer Verurteilung droht den Beschuldigten die Todesstrafe.